



AKREF-Nachrichten vom 04.09.2020 bis 11.09.2020

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Menschenhandel nimmt zu	4
Bangladesch: Von den eigenen Kindern entehrt und enteignet	5
Deutschland: Amtsgericht Bremen lässt Anklage gegen Pastor Olaf Latzel zu	6
Deutschland: Christliche Hilfswerke: Flüchtlingen muss geholfen werden	7
Deutschland: EAD zu Kinderrechten im Grundgesetz	9
Deutschland: Einbrecher in Kirche ließen es sich schmecken	10
Deutschland: Film über eine wahre Geschichte in den USA	11
Deutschland: Islamischer Antisemitismus wird unterschätzt	12
Deutschland: Krawalle in Leipzig	13
Deutschland: Pfarrer soll Bußgeld zahlen	14
Deutschland: Zentrum gegen Vertreibungen	15
Deutschland: „Marsch für das Leben“	16
Deutschland: „Unermessliches Leid“ erfahren	18
Iran: Glaube in der Isolation	19
Kamerun: Christen fliehen vor Boko Haram	20
Kolumbien: Menschenrechtsverstöße im Chaco	21
Kuba: Staatliches Fernsehen überträgt erstmals Festgottesdienst	22
Mexiko: Schulen der Vergebung und Versöhnung	23
Montenegro: Gewalt nach Wahlen	24
Mosambik: Pandemie und Gewalt in Capo Delgado	25
Nigeria: Christen leiden vor allem unter islamischer Gewalt	26
Pakistan: Christ wegen angeblicher Blasphemie zum Tode verurteilt	28
Peru: Die Situation ist dramatisch	29
Südsudan: Botschaft an die Christen	30
Südsudan: Evangelist inhaftiert	31
Syrien: "Diese Art zu handeln ist kriminell"	32
Tschetschenien: Alternativen sind nicht vorgesehen	33
Venezuela: Vorgehen gegen Mitarbeiter einer Hilfsorganisation	34
Weißrussland: Internationalem Renovabis Kongress	35
Zentralasien: Gott schweigt nicht	36

Äthiopien: Menschenhandel nimmt zu

Flüchtlinge aus Eritrea sehen sich mit Hunger und der Gefahr der Ausweisung konfrontiert

Addis Abeba (Fides) – Eritreische Flüchtlinge in Äthiopien laufen Gefahr, ausgewiesen zu werden. Nach Ansicht der Regierung von Addis Abeba sind sie nicht mehr auf humanitäre Hilfe angewiesen. Außerdem will Äthiopien Frauen, Kinder und Männer, die vor dem Asmara-Regime geflohen sind, künftig nicht mehr in Flüchtlingslagern unterbringen. Dies beklagt Pfarrer Abba Mussie Zerai, ein Priester der Eparchie Asmara, der sich seit jeher für die Belange von Flüchtlingen und Vertriebenen im Horn von Afrika einsetzt. Die beiden Länder befinden sich derzeit in einer heiklen Situation, die sich aus dem im Jahr 2018 zwischen den beiden Regierungen unterzeichneten Verträgen ergibt. Man hatte sich erhofft, dass dieser Vertrag Frieden und die Entwicklung in der Region garantieren wird, doch er wurde für viele Eritreer zu einem Albtraum, die eine Inhaftierung nicht in ihrer Heimat befürchten.

"Diese Situation und die Situation eines der vier Flüchtlingslager, in denen mehr als 15.000 Menschen leben", so Pfarrer Mussie, „hat die Zahl der vielen politischen Flüchtlinge ohne jeglichen Schutz ohne Rechte erhöht. In der Region Tigräi (im Norden des Landes an der Grenze zu Eritrea) sind viele Eritreer unterwegs, die oft verhungert und vielerlei Formen von Ausbeutung und Missbrauch ausgesetzt sind. Besonders schutzbedürftig sind Frauen und Minderjährige, vor allem unbegleitete Minderjährige, die der Gefahr der sexuellen Ausbeutung und Versklavung ausgesetzt sind. Die zunehmende Verzweiflung macht sie zu einer leichten Beute für Menschenhändler, viele wandern in den Sudan und nach Libyen aus, da sie heute in Äthiopien keine Zuflucht mehr finden".

Auch Geflüchtete, die sich in der Umgebung der Städte niederlassen, leiden Not. Neben dem Verlust von Rechten müssen sie sich heute auch den Herausforderungen der Pandemie und den sehr hohen Lebenshaltungskosten stellen. Eritreer sind somit Opfer von Ausbeutung, Prostitution und Entbehrung.

"Wir appellieren an die äthiopische Regierung, die internationalen Verpflichtungen zu respektieren, die sich aus der Einhaltung der Konventionen zum Schutz der Rechte von Kindern und der Rechte von Flüchtlingen ergeben", fordert Pfarrer Mussie. "Wir fordern die Europäische Union auf, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um diese eritreischen Flüchtlinge in Äthiopien würdevoll willkommen zu heißen. Andernfalls wird der Exodus nach Europa mit der traurigen Zahl der Todesopfer in der Wüste und im Mittelmeer weiter zunehmen."

(EC) (Fides 10/9/2020)

Bangladesch: Von den eigenen Kindern entehrt und enteignet

Im Herbst seines Lebens verliert Nasir alles, weil er an Jesus Christus festhält

(Open Doors, Kelkheim) – „Komm nicht wieder nach Hause zurück, wenn du nicht zum Islam zurückkehren willst. Wir haben dich vergessen. Du kannst uns auch vergessen. Wir kennen dich nicht mehr. Du bist nicht mehr mein Vater. Auch dieser Besitz gehört dir nicht mehr. Du hast die Rechte daran verloren, seit du den Islam verlassen hast.“ Mit diesen Worten warf Nasirs* Sohn seinen Vater aus dem eigenen Haus.

„In Jesus habe ich die Gewissheit gefunden, die ich nirgendwo anders finde“

Nasir ist 65 Jahre alt, Familienvater und hat zeitlebens als Moslem gelebt. Doch vor etwa zwei Jahren vollzog er eine radikale Wende: Er begann, Jesus Christus nachzufolgen – zum großen Ärger seiner Frau und seiner Kinder. Er sagt: „Meine Familienmitglieder sind wegen meines Glaubenswechsels sehr wütend auf mich. Ich habe viele Male versucht, ihnen meine Gründe darzulegen. Ich sagte ihnen, dass ich in Jesus die Gewissheit gefunden habe, errettet zu sein, die ich nirgendwo anders finde. Ich finde im Islam keine Erlösung. Ich kann nicht vergessen, was ich weiß und glaube.“

Vom Hauseigentümer zum Schutzsuchenden

Angesichts seines Glaubenswechsels verspürte Nasirs Familie wachsendes Unbehagen darüber, dass er alleiniger Eigentümer ihres Grundbesitzes war. Wenn er sogar bereit war, dem Islam den Rücken zu kehren – wer wusste, wozu er noch imstande war? Sie riefen die Dorfbewohner und Verwandten zusammen, um zu versuchen, Nasir zur Rückkehr zum Islam zu zwingen. Gemeinsam brachten sie ihn in die Moschee und forderten ihn auf, seinem Glauben an Jesus abzuschwören. Doch Nasir blieb standhaft und weigerte sich, ihrem Drängen nachzugeben. Sie folterten ihn, verprügelten ihn, zerrissen seine Kleidung und zerrten ihn auf den Boden. Seine Familienmitglieder nahmen ihm auch die Besitzurkunde für das Land, sein Geld und sein Mobiltelefon und warfen ihn schließlich aus dem Haus. Als sein eigener Sohn sich von ihm losgesagt hatte, wurden die Angst und tiefe Trauer für Nasir fast unerträglich. Schließlich fand er Zuflucht bei einem in der Nähe wohnenden Christen namens Selim*.

Seitdem wohnt er dort und betont, wie dankbar er Selim und seiner Familie ist. Als Nasirs Familie jedoch erfuhr, wo Nasir inzwischen Unterschlupf gefunden hatte, bedrohten sie auch Selim. Sie sagten: „Nasir muss mit uns in die Moschee gehen, um seinem Glauben öffentlich abzuschwören. Sonst wird es sehr schlimme Konsequenzen geben.“ Lokale Partner von Open Doors erfuhren von der Situation und halfen Nasir mit einem Geldbetrag für die wichtigsten Bedürfnisse aus. Doch er braucht unsere dringende Unterstützung auch im Gebet.

Bitte beten Sie für Nasir und seine Familie:

- Danken Sie Jesus für Nasirs Entscheidung und seinen unerschütterlichen Glauben.
- Beten Sie, dass der Heilige Geist ihm als Tröster begegnet und ihn weiter in seinem Glauben stärkt.
- Beten Sie um Schutz für ihn und für Selim sowie dessen Familie.
- Beten Sie, dass Jesus sich Nasirs Familie offenbart und auch sie ihre Herzen für das Evangelium öffnen.

*Name geändert

Deutschland: Amtsgericht Bremen lässt Anklage gegen Pastor Olaf Latzel zu

Der Termin zur Hauptverhandlung soll in Kürze mitgeteilt werden

Bremen (idea) – Das Amtsgericht Bremen hat die Anklage der Staatsanwaltschaft gegen den Bremer Pastor Olaf Latzel unverändert zur Hauptverhandlung zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet. Das teilte das Amtsgericht am 4. September in einer Pressemitteilung mit. Der Termin zur Hauptverhandlung werde in Kürze mitgeteilt. Zum Hintergrund: Die Staatsanwaltschaft hat am 2. Juli Anklage wegen Volksverhetzung gegen Latzel erhoben. Sie wirft ihm unter anderem vor, in einem Eheseminar der St.-Martini-Gemeinde, das auf YouTube veröffentlicht wurde, „Homosexuelle generalisierend als Verbrecher“ bezeichnet zu haben. In dem Seminar hatte Latzel unter anderem über Homosexualität gesprochen und gesagt: „Überall laufen diese Verbrecher rum vom Christopher Street Day.“ Das Video wurde inzwischen gelöscht.

Bremische Evangelische Kirche: Wir kommentieren den weiteren Fortgang nicht

Für die Verwendung des Wortes „Verbrecher“ entschuldigte Latzel sich später öffentlich. Er habe damit nicht allgemein homosexuell lebende Menschen gemeint, „sondern militante Aggressoren, die uns als Gemeinde in den letzten Jahren immer wieder angegriffen und gotteslästerlich diffamiert haben“. Wiederholt war die St.-Martini-Kirche mit antichristlichen Schriftzügen beschmiert worden. Gottesdienste wurden gestört. Latzel erhielt sogar Morddrohungen. Die Bremische Evangelische Kirche (BEK) schrieb in einer Pressemitteilung, dass der Kirchenausschuss die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Latzel zur Kenntnis genommen habe: „Wir kommentieren den weiteren Fortgang des Verfahrens durch die staatliche Justiz nicht. Das kirchliche Disziplinarverfahren bleibt – wie bereits mitgeteilt – weiterhin ausgesetzt.“

Deutschland: Christliche Hilfswerke: Flüchtlingen muss geholfen werden

Nach einem Brand in dem überfüllten Lager Moria sind viele Menschen obdachlos

Lesbos (idea) – Deutschland und die Europäische Union müssen den Bewohnern des überfüllten Flüchtlingslagers „Camp Moria“ auf der griechischen Insel Lesbos helfen. Dazu haben christliche Hilfsorganisationen aufgerufen. Durch einen Brand in dem Lager in der Nacht auf den 9. September sind viele Bewohner obdachlos geworden. „Das Camp – wie wir es kennen – ist zerstört“, berichtete die Organisatorische Leiterin der Hilfsorganisation Euro-Relief, Andrea Wegener, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. In Moria lebten bisher rund 13.000 Flüchtlinge. Jetzt campierten die Bewohner unter freiem Himmel außerhalb des Lagers. „Die Leute sind desorientiert, die haben alles verloren.“ Hilfsorganisationen versuchten, sie mit dem Notwendigsten zu versorgen. Wie die Arbeit der Helfer in Zukunft weitergehen könne, sei noch völlig unklar. „Meine einzige Hoffnung ist, dass diese Katastrophe, die wir alle haben kommen sehen – wenn nicht in dieser Form, dann in einer anderen – ein heilsames Erschrecken bewirkt, auch bei uns in Deutschland“, so Wegener.

Gemeinsame Erklärung aller EKD-Gliedkirchen: Sofort helfen

Die leitenden Geistlichen der 20 EKD-Gliedkirchen reagierten in einer gemeinsamen Erklärung „entsetzt, dass es der Europäischen Union trotz vielfacher Warnungen nicht gelungen ist, diese Eskalation der menschenunwürdigen Situation in dem Lager zu verhindern“. Sie setzen sich ferner in der an die deutsche Ratspräsidentschaft und den Bundesinnenminister gerichteten Erklärung für eine europäische Lösung bei der Verteilung der Schutzsuchenden auf aufnahmebereite Länder ein. Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (München), sagte: „Mit diesem Appell wollen wir an die auf erschreckende Weise deutlich gewordene Dringlichkeit erinnern, den Geflüchteten, die in den Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, sofort und dauerhaft zu helfen.“ Eine gemeinsame Erklärung aller leitenden Geistlichen der EKD-Gliedkirchen hatte es zuletzt 2015 gegeben.

„Moria ist eine Hölle für Geflüchtete“

Ein Vorstandsmitglied der christlichen Hilfsorganisation Kindernothilfe (Duisburg), Carsten Montag, erklärte in einer Pressemitteilung, Camp Moria habe von Anfang an nur die Kapazität für die Unterbringung von 2.800 Menschen gehabt. Durch die Überfüllung seien die Lebensbedingungen der Flüchtlinge seit langem menschenunwürdig. Mindestens 35 Bewohner des Lagers seien nachweislich mit dem Coronavirus infiziert. „Es ist beschämend, dass Deutschland bisher erst 465 Kinder aus dieser Hölle aufgenommen hat.“ Auch der Vorstandsvorsitzende der christlichen Hilfsorganisation World Vision Deutschland, Christoph Waffenschmidt (Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main), erklärte in einer Pressemitteilung, Moria sei „jahrelang die Hölle für Geflüchtete“ gewesen. Deutschland und die Europäische Union hätten jetzt die Pflicht, sich um die Flüchtlinge zu kümmern und sie an einen sicheren Ort zu bringen.

Alle Flüchtlingslager in Griechenland schließen

Die Präsidentin des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Weitzel, schrieb in einer Pressemitteilung, die Europäische Union trage „die volle Verantwortung für diesen Brand“. Sie habe tatenlos zugesehen, wie sich in dem Camp „Chaos, Elend, sowie Überforderung, Panik und Aggressionen auf allen Seiten unaufhaltsam zu einer Katastrophe ausgeweitet haben“. Jetzt müssten alle überfüllten Flüchtlingslager in Griechenland planvoll geschlossen und die Flüchtlinge in Europa menschenwürdig untergebracht werden. Der Präsident der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie (Berlin), forderte die deutsche Regierung auf, die sofortige Evakuierung des Lagers zu organisieren. Das Feuer sei „ein Fanal der Hoffnungslosigkeit und Wut, weil noch immer keine menschenwürdige Lösung gefunden wurde“. Bundesländer und Städte in Deutschland hätten ihre Bereitschaft erklärt, die Flüchtlinge aufzunehmen. Deren katastrophale Lage dulde keinen Aufschub.

Gerechte Verteilung unter den EU-Staaten gefordert

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, der Hamburger Erzbischof Stefan Heße, nannte den Brand „eine Katastrophe mit Ansage“. Deutschland und die Europäische Union hätten mit ihrer Weigerung, die Flüchtlinge aufzunehmen, eine „Politik der Abschreckung auf Kosten der Menschlichkeit“ betrieben. Jetzt gelte es, „eine Lösung im Geist der europäischen Solidarität zu finden“ und die Verantwortung für die Schutzsuchenden gerecht zwischen den EU-Staaten aufzuteilen.



Deutschland: EAD zu Kinderrechten im Grundgesetz

Begründung: Ihre Aufnahme in die Verfassung wäre „reine Symbolpolitik“

Bad Blankenburg (idea) – Die Deutsche Evangelische Allianz (Bad Blankenburg) hat sich gegen die Aufnahme von eigenen Kinderrechten ins Grundgesetz ausgesprochen. Das geht aus einer Pressemitteilung des evangelikalen Dachverbandes hervor. Hintergrund: Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ist vorgesehen, Kinderrechte im Sinne der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen gesondert im Grundgesetz zu verankern. Der Koalitionsausschuss hat am 25. August beschlossen, eine Arbeitsgruppe für die Umsetzung des Vorhabens einzusetzen. Dazu heißt es in der Pressemitteilung, Kinder seien bereits jetzt „umfänglich Grundrechtsträger“. Die Aufnahme gesonderter Kinderrechte sei deshalb „reine Symbolpolitik“. Die Politik sei stattdessen aufgefordert, für die Wahrung der bestehenden Rechte von Kindern zu sorgen. „Eine Armutsgefährdungsquote von rund 20 Prozent bei Kindern, bei weiterhin ungleich verteilten Entwicklungs- und Bildungschancen sowie die jährlich steigende Zahl von Kindeswohlgefährdungen zeigen: Kinder brauchen auch in Deutschland besseren Schutz.“ Weiter heißt es in der Pressemitteilung, die Aufnahme eigener Kinderrechte im Grundgesetz dürfe nicht dazu führen, dass das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern ausgehöhlt werde. „Es gilt weiterhin, dass Eltern in der Grundtendenz besser als der Staat wissen, was für ihr Kind gut ist.“ Die Allianz plädiere außerdem dafür, Familienfreundlichkeit und Generationengerechtigkeit als Staatsziele in der Verfassung zu verankern. Außerdem solle ein Wahlrecht für Kinder eingeführt werden, dass bis zum Erreichen des Wahlalters treuhänderisch durch die Eltern ausgeübt werde. Für die tatsächliche Verbesserung der Situation von Kindern und Familien sei wichtig, dass sie bei Wahlen entsprechendes Gewicht hätten, erklärte die Allianz zur Begründung. Die Deutsche Evangelische Allianz hat an rund 1.000 Orten Allianzkreise. Allianzvorsitzender ist Präses Ekkehart Vetter (Mülheim an der Ruhr). Die Evangelische Allianz wurde 1846 in London gegründet.

Deutschland: Einbrecher in Kirche ließen es sich schmecken

Sie verzehrten in der Gemeindekirche Würstchen und Wein

Koblenz (idea) – Offenbar hungrige Einbrecher haben die katholische Kirche St. Aldegundis in Koblenz-Arzheim heimgesucht. Nach den bisherigen Ermittlungen kletterten die Täter über einen gläsernen Windfang von außen an dem Gotteshaus hoch und brachen durch ein Fenster im Obergeschoss ein, berichtete die Mitarbeiterin des Katholischen Pfarramtes Koblenz Rechte Rheinseite, Martina Schuster, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Durch das Fenster gelangten die Einbrecher auf die Orgelepore. Da sie die Tür der Empore nicht öffnen konnten, kletterten sie von dort aus in den Kirchenraum. Anschließend drangen sie in einen Gemeinderaum im Keller ein. In der angrenzenden Küche verzehrten sie Dosenwürstchen und Wein, die dort von Gemeindegruppen gelagert worden waren. Schließlich schlugen sie ein Kellerfenster ein, durch das sie das Gebäude wieder verließen. Abgesehen von den Lebensmitteln sei bei dem Einbruch nichts gestohlen worden. Durch eingeschlagene Türen und Fenster sei aber ein erheblicher Sachschaden entstanden. Die genaue Höhe müsse durch eine Fachfirma festgestellt werden.

Deutschland: Film über eine wahre Geschichte in den USA

Deutschland-Premiere: Von der Leiterin einer Abtreibungsklinik zur glühenden Lebensrechtlerin

Fulda (idea) – Ein Spielfilm aus den USA soll in Deutschland neu das Bewusstsein dafür wecken, das Leben ungeborener Kinder besser zu schützen. Die Premiere für die deutsche Synchronfassung von „Unplanned“ (Ungeplant) fand am 3. September im Kino „Cinestar“ in Fulda statt. Veranstalter war der Bundesverband Lebensrecht (Berlin). Aufgrund der Corona-Beschränkungen waren nur 150 Besucher zugelassen. Der 106-minütige Film erzählt die wahre Geschichte der heute 40-jährigen Abby Johnson (Houston/Bundesstaat Texas). Als Mitarbeiterin der Organisation „Planned Parenthood“ stieg sie bis zur Leiterin einer Abtreibungsklinik in Bryan (Texas) auf. Nachdem sie im Herbst 2009 bei einer Abtreibung assistierte und auf dem Ultraschallbild sah, wie ein ungeborenes Kind aus dem Mutterleib abgesaugt und zerstückelt wird, kündigte sie und wurde zur Abtreibungsgegnerin. Vor ihrer Umkehr hatte sie zwei Abtreibungen an sich vornehmen lassen. Heute ist sie eine der engagiertesten Sprecherinnen der Lebensrechtsbewegung in den USA. Johnson hat mit ihrem Mann acht Kinder; das jüngste haben sie adoptiert. Der mit einem Budget von sechs Millionen Dollar (5,1 Millionen Euro) produzierte Film war in den USA ein großer Erfolg – trotz heftiger Kritik in den Medien und Bombendrohungen militanter Abtreibungsbefürworter. Er spielte nach der Premiere am 29. März 2019 an den Kinokassen rund 20 Millionen Dollar (etwa 18 Millionen Euro) ein. Laut den Produzenten Chuck Konzelmann und Cary Solomon hatte die „Propaganda“ gegen den Film einen Werbeeffekt, den sie mit eigenem Budget nicht hätten erzielen können. Doch wichtiger sei etwas anderes: Über 500 Mitarbeiter hätten in den Abtreibungskliniken gekündigt, nachdem sie den Film gesehen hätten, und übten heute eine andere Tätigkeit aus.

Lebensrechtlerin Linder: Abtreibung ist nie eine Lösung

Bei der Deutschland-Premiere kritisierte die Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht (BVL), Alexandra Linder (Weuspert/Sauerland), in einer Gesprächsrunde, dass das Thema Abtreibung in der Gesellschaft verdrängt werde. Man müsse dieses Tabu brechen: „Abtreibung ist nie eine Lösung und hat mit Selbstbestimmung nichts zu tun.“ Die Tötung eines Kindes vor der Geburt sei „immer eine Katastrophe“. Die Vorsitzende des Vereins „Lebensrecht Sachsen“, Susanne Georgi (Zwönitz/Erzgebirge), unterstrich die Notwendigkeit der Prävention. Dazu gehöre, Menschen dafür zu sensibilisieren, das Leben von Anfang an zu schützen. Dies müsse schon in der Schule beginnen. Georgi rief dazu auf, Frauen zu unterstützen, die in einem Schwangerschaftskonflikt steckten, und sie nicht anzuklagen.

Steeb: Grundproblem – das Muttersein wird nicht geachtet

Der Vorsitzende des Treffens Christlicher Lebensrecht-Gruppen, Hartmut Steeb (Stuttgart), bezeichnete es als Grundproblem, dass die Aufgabe des Mutterseins nicht geachtet werde. Er sei davon überzeugt: „Mütter sind die Hochleistungsträger der Gesellschaft.“ Er hoffe sehr, so Steeb, dass der Film zum Nachdenken anrege. Der Verlag Gerth Medien (Aßlar bei Wetzlar) vertreibt den Film. Dessen Produktmanager Musik- und Film-Vertrieb, Jörg Schwehn (Aßlar bei Wetzlar), sagte in Fulda, als er den US-Spielfilm erstmals gesehen habe, sei er überzeugt gewesen: „Den müssen wir hierherbringen. Ganz viele Leute sollen ihn sehen.“ Der Film ist ab 16. Oktober im Handel als DVD oder Blu-Ray Disc erhältlich. Die Stiftung „Ja zum Leben“ (Meschede) hat die deutsche Synchronfassung finanziert. Laut der BVL-Vorsitzenden Linder sind Kinobetreiber bisher wegen möglicher Proteste zurückhaltend, den Film zu zeigen. Sie ermunterte dazu, ihn in Gemeinden und Kirchen vorzuführen.

Deutschland: Islamischer Antisemitismus wird unterschätzt

Klein: Viele Betroffene nehmen ihn als „sehr viel stärker“ wahr, als die Statistik zeigt

Berlin (idea) – In Deutschland gibt es mehr Straftaten von radikalen Muslimen gegen Juden, als die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt. Diese Ansicht vertrat der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland, Felix Klein (Berlin), in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ (Ausgabe vom 6. September). 2019 wurden laut der Statistik des Bundeskriminalamtes in Deutschland 2032 antisemitische Straftaten begangen (2018: 1.799). Rund 90 Prozent werden in der Erhebung der „politisch motivierten Kriminalität von rechts“ zugeordnet. „Viele Betroffene nehmen die Aggressionen von islamistischen Tätern als sehr viel stärker wahr, als das in der Statistik zum Ausdruck kommt“, sagte Klein. Die Zuordnung der Delikte zum rechten Spektrum sei teilweise fragwürdig. „Wenn auf der Al-Kuds-Demonstration von radikalen Muslimen der Hitlergruß gezeigt wird, ist das in meinen Augen keine rechte Tat, obwohl sie als solche zugeordnet wird.“ Auch bei den antisemitischen Vorfällen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze sei der Anteil rechtsradikaler Täter bereits deutlich geringer und der Anteil islamistischer Täter deutlich höher. „Darüber müssen wir ernsthaft sprechen und dabei auch das subjektive Empfinden der Betroffenen einbeziehen“, so Klein. Weiter sagte der Regierungsbeauftragte, ein Großteil der jüdenfeindlichen Straftaten werde im Internet begangen. Dort sei „die Enthemmung so weit fortgeschritten, dass es auch den strafrechtlichen Bereich betrifft“. Bei der Eindämmung dieser Delikte erhoffe er sich große Erfolge von dem geplanten „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“, weil es erlauben werde, die Identität der Täter leichter zu ermitteln. Große Sorge bereite ihm aber, dass auch die Zahl der jüdenfeindlichen Gewaltdelikte zugenommen habe. Von den antisemitischen Straftaten im Jahr 2019 waren 73 Gewaltdelikte (2018: 69).

Antisemitismus wird zum Ventil für Unzufriedenheit

Klein äußerte sich in dem Interview auch zu antisemitischen Verschwörungstheorien in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. In der deutschen Kultur sei „der Antisemitismus leider so eingeübt, dass er schnell zum Ventil wird, seine Unzufriedenheit auszudrücken“. In Krisenzeiten seien die Menschen sehr empfänglich für irrationale Erklärungsmuster. So seien die Juden im Mittelalter für den Ausbruch der Pest verantwortlich gemacht worden. Dem gleichen Muster folge heute etwa die Theorie, israelische Forscher hätten den Corona-Virus in die Welt gesetzt, damit israelische Firmen der Welt ihren Impfstoff verkaufen könnten. „Derartigen Unsinn liest man immer wieder.“

Menschenfeindlichkeit auch in der „Mitte“ der Gesellschaft

Die württembergische Kirche hat jetzt einen Referenten für Extremismusfragen

Stuttgart (idea) – Auch in der „Mitte“ der Gesellschaft kann es zu Hass und Menschenfeindlichkeit kommen. Diese Ansicht vertrat der neue Referent für Extremismusfragen der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Hans-Ulrich Probst, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. „Das gesellschaftliche Phänomen der Menschenfeindlichkeit will ich nicht nach einem Schema des Rechts- oder Linksextremismus beurteilen.“ In Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung könne die Kirche ein Ort des Gesprächs und des Streits ohne Ansehen der Person sein. „Dort, wo es zu Gewalt und blindem Hass gegen Menschen kommt, muss neben anderen aber auch die Kirche eine rote Linie ziehen.“ Er stelle zudem fest, dass die „Auseinandersetzung mit Verschwörungsnarrativen im Zuge der Corona-Pandemie“ momentan in den Kirchengemeinden auf besonderes Interesse stoße. In Zusammenhang damit stehe auch der Themenkomplex des Antijudaismus oder des Antisemitismus. Antisemitische und rassistische Vorurteile gebe es leider auch im Raum der Kirche. Doch die biblische Botschaft widerspreche deutlich dem Hass auf andere Menschen. Außerdem seien bei ihm Anfragen aus den Gemeinden zum Thema Rassismus in Deutschland eingegangen. Probst hat seine Stelle am 1. September angetreten und soll sich in der Arbeitsstelle für Weltanschauungsfragen mit Fragen des Extremismus und Populismus beschäftigen und als Ansprechpartner für innerkirchliche Beratungen zur Verfügung stehen. Die Landeskirche will damit nach eigenen Angaben darauf reagieren, dass die Sprache verrohe, demokratische Prinzipien infrage gestellt und „Hass auf Minderheiten geschürt und ausgelebt“ werde.

Deutschland: Krawalle in Leipzig

Kirche verurteilt Gewalt gegen Polizeibeamte – Sprecherin: Gewalt löst keine Probleme, sondern verhärtet Haltungen

Leipzig (idea) – Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens hat die gewalttätigen Ausschreitungen und die Angriffe gegen Polizisten in Leipzig verurteilt sowie eine Debatte über städtische Entwicklungen gefordert. Im Osten der Stadt und dem linksalternativ geprägten Stadtteil Connewitz war es in den Nächten vom 3. bis 6. September zu linksextremistischen Ausschreitungen gekommen. Neben Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Häusern kam es dabei auch zu massiven Angriffen mit Flaschen, Pyrotechnik und Steinen auf Polizeibeamte. Elf Beamte erlitten Verletzungen. Die Leiterin der landeskirchlichen Stabsstelle für Kommunikation und Koordination, Tabea Köbsch (Dresden), bezeichnete gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea friedliche Kritik an politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen als legitim. Durch Gewalt jedoch würden Probleme nicht gelöst, sondern Menschen verletzt und Haltungen verhärtet.

Sprecherin: Über Gewalttaten das Anliegen der Demonstranten nicht vergessen

Ebenso bedauere die Landeskirche aber auch, dass durch die gewalttätigen Auseinandersetzungen die Beschäftigung mit dem Anliegen der Demonstranten ausbleibe. „Denn die gesellschaftliche Debatte über die Auswirkungen der Gentrifizierung, über die Veränderung unserer Städte und die Verdrängung von Menschen aus einzelnen Stadtteilen ist dringend notwendig, ebenso die gemeinsame Suche nach Lösungen für sozialverträgliche Wohnungen und Mietpreise“, so Köbsch. In eine friedliche Debatte über ein soziales Miteinander „werden wir uns als Kirche einbringen und dafür sollten wir Räume anbieten“. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) verurteilte die Ausschreitungen „auf das Schärfste“. Mit Blick auf den Auslöser der Krawalle sagte der Politiker: „Man schafft keinen Wohnraum, indem man Polizisten angreift und Barrikaden anzündet.“ Der sächsische Innenminister, Roland Wöllner (CDU), nannte die gezielten Angriffe auf Polizeibeamte „nicht hinnehmbar“. Er wolle sich für härtere Strafen bei Gewalt gegen Polizisten einsetzen.

Polizeichef Schultze: Tod von Menschen wird in Kauf genommen

Als Auslöser der Proteste in der Nacht vom 3. zum 4. September diente laut Polizeimeldung die wegen Hausfriedensbruchs gerichtlich angeordnete Durchsuchung eines leerstehenden Mehrfamilienhauses. Als „heimtückisch und mit Mitteln, die den Tod der Menschen, die getroffen werden, in Kauf nehmen“, beschrieb der Leipziger Polizeichef Torsten Schultze Medienberichten zufolge das Vorgehen der Angreifer. Die Polizei ermittelt nun unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte. Für Kritik sorgte ferner die Reaktion der Linksjugend Leipzig. Sie hatte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter ein Foto mit dem Schriftzug „Advent, Advent, ein Bulle brennt“ geteilt. Der Beitrag wurde mittlerweile gelöscht. Auch die Polizei Sachsen war in den sozialen Netzwerken dafür kritisiert worden, auf Twitter den umstrittenen Beitrag eines anderen Nutzers geteilt zu haben. Darin hieß es: „Gestohlene Räume von Leuten, die sich das erarbeitet haben. Davon hat das linke Pack natürlich keine Ahnung.“ Wenig später löschte die Polizei den Beitrag und bat um Entschuldigung. Bereits jetzt gibt es erneut Aufrufe von Linksradikalen zu einer „antiautoritären Demo“ am 12. September in Leipzig. Sie steht unter dem Motto „Storm the fortress – Break all borders!“ (Stürmt die Festung – Durchbrecht alle Grenzen!).

Tageszeitung: Linke Angreifer halten von der Demokratie kaum mehr als ein Reichsbürger

Die Tageszeitung „Die Welt“ (Ausgabe 7. September) kritisierte in einem Kommentar, dass linksextreme Gewalt weniger thematisiert werde. Diese empöre „fast nicht, sondern findet im Gegenteil oft Verteidiger selbst in bürgerlichen Milieus. Dabei halten linke Angreifer kaum mehr von der freiheitlichen Demokratie als ein Reichsbürger.“ Auch sie hätten die klare Absicht, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu zerstören: „Warum also lässt uns das so kalt? Linksextremisten schaffen es offenkundig besser, bei zentralen Debatten vermeintlich auf der Seite der ‚Guten‘ zu sein.“ Die Leipziger Volkszeitung schreibt, dass die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Linksextremismus seit Jahren in Leipzig nur halbherzig geführt werde: „Politiker, die sich in Anbetracht der drei Krawallnächte zwar schockiert zeigen, gleichzeitig aber Verständnis für die Hausbesetzer aufbringen, müssen sich jetzt den Vorwurf gefallen lassen, Gewalttätern ideologisch den Weg zu bereiten.“

Deutschland: Pfarrer soll Bußgeld zahlen

wegen Missachtung der Corona-Regeln – Widerspruch eingelegt – Er öffnete Kirche Ende März zum „privaten Gebet“

Hannover (idea) – Die Gemeindemitglieder der katholischen Polnischen Mission Hannover sind empört: Ihr Pfarrer Tadeusz Kluba soll wegen Missachtung der Corona-Regeln ein Bußgeld von 1.000 Euro bezahlen. Gegen zwei weitere Personen aus der Gemeinde wurde ein Bußgeld von jeweils 180 Euro verhängt. Was war passiert? Kluba hatte die 700 Quadratmeter große Kirche „Maria Frieden“ am 27. März zwei Stunden lang zum „privaten Gebet“ geöffnet. Die Besucher, die er nicht gezählt habe, hätten mehr Abstand gehalten, als laut den Corona-Regeln vorgeschrieben war, sagte er auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Die Kirchenbesucher beteten auch einen „Barmherzigkeits-Rosenkranz“. Nach Angaben der Polizei waren dort etwa 30 bis 40 Personen anwesend. Eine örtliche Zeitung hatte zunächst von einem „Gottesdienst mit 50 Teilnehmern“ berichtet. Zum Zeitpunkt der Kirchenöffnung durften sich in Niedersachsen nicht mehr als zwei Personen versammeln. Laut Kluba hat das Bistum Hildesheim Widerspruch gegen die Bußgelder eingelegt. Ein Sprecher des Bistums konnte das bis Redaktionsschluss weder bestätigen noch dementieren.

Pfarrer hält die Bußgeldbescheide für „Unrecht“

Pfarrer Kluba sagte gegenüber idea: „Ich habe große Hoffnung, dass das Verfahren eingestellt wird.“ Er ist nach wie vor davon überzeugt, dass er keine Verfehlung begangen hat. Er bezeichnete die Bußgelder als „Unrecht“. Sie seien gegen Gemeindemitglieder verhängt worden, die den Mut gehabt hätten, sich gegenüber Medien zu äußern. Die Polizei hatte die Namen aus der Zeitung erfahren. Ende März hatte Kluba gegenüber der katholischen Zeitung „Die Tagespost“ (Würzburg) gesagt, für zahlreiche Mitglieder seiner Gemeinde sei es unverständlich, dass Supermärkte von vielen Menschen besucht werden können und voll besetzte Straßenbahnen die Menschen zur Arbeit bringen, aber große Kirchen für das private Gebet geschlossen werden.

Behörden nutzen Medienberichte, um Bußgelder zu verhängen – DJV übt Kritik

Der niedersächsische Landesverband des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) kritisierte jetzt, dass Zeitungsberichte herangezogen werden, um Bußgelder zu verhängen. „Es besteht die Gefahr, dass immer weniger Menschen mit Journalisten sprechen und offen ihre Meinung sagen, wenn sie fürchten müssen, anschließend mit einem Bußgeld belegt zu werden. Dadurch wird die Pressefreiheit eingeschränkt“, erklärte die Geschäftsführerin des Landesverbandes, Christiane Eickmann (Hannover), gegenüber der Zeitung „Neue Presse“ (Hannover).

Deutschland: Zentrum gegen Vertreibungen

Erinnerung ist Mittel zur Verständigung – Wagner: Es geht um Solidarität mit allen Opfern von Vertreibung und Völkermord



Flucht aus Ostpreußen im Januar 1945

© Pinterest

Bonn (idea) – Die Erinnerung an das Schicksal der deutschen Vertriebenen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg ist ein Mittel zur Verständigung der europäischen Völker. Diese Ansicht vertrat der Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (Bonn), der frühere hessische Kultus- und Justizminister Christean Wagner (CDU), in einer Pressemitteilung. Anlass war der 20. Jahrestag der Gründung der Stiftung am 6. September. Es sei ihr gelungen, im politischen und gesellschaftlichen Raum das Bewusstsein zu schaffen, dass das Schicksal der deutschen Vertriebenen als Teil der gesamtdeutschen Geschichte in dauerhafter Erinnerung bleiben müsse, so Wagner. Dabei gehe es auch um die Schicksale vieler anderer europäischer Völker und um Solidarität mit allen Opfern von Vertreibung und Völkermord. Sie seien leider nicht nur Vergangenheit, sondern ebenso leidvolle aktuelle Gegenwart. Die Stiftung informiert unter anderem mit Ausstellungen über das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie der vier Millionen deutschen Spätaussiedler. Sie wurde 2000 von der langjährigen CDU-Bundestagsabgeordneten und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach (Frankfurt am Main), und dem früheren SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz (1939–2005) gegründet.



Deutschland: „Marsch für das Leben“

Evangelischer Kirchenleiter sendet Grußwort - Kundgebung, Umzug und Gottesdienst finden am 19. September in Berlin statt

Berlin (idea) – Als bisher einziger Kirchenleiter innerhalb der EKD hat sich der sächsische Landesbischof Tobias Bilz (Dresden) mit einem Grußwort hinter den „Marsch für das Leben“ am 19. September in Berlin gestellt. Dazu werden Tausende Teilnehmer aus ganz Deutschland erwartet. Veranstalter ist der Bundesverband Lebensrecht (Berlin). Der Lebensschutz bekomme angesichts der Corona-Pandemie eine neue Bedeutung, erklärte Bilz in einem gemeinsamen Grußwort mit dem katholischen Bischof von Dresden-Meißen, Heinrich Timmerevers. „Es ist wichtig, dass wir unsere Stimme erheben, wenn es um den Schutz des Lebens am Anfang und am Ende des Menschseins geht“, so die Kirchenleiter. Dazu trage auch der „Marsch für das Leben“ bei, dem beide Gottes Segen wünschten. Der frühere Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Nordkirche, Hans-Jürgen Abromeit (Greifswald), schrieb in einem Grußwort, er bete für einen gesegneten Verlauf des diesjährigen Marsches. „Möge er dazu dienen, dass der vermeintliche gesellschaftliche Konsens aufgebrochen wird, der dem Selbstbestimmungsrecht der Frau vor dem Lebensrecht des Kindes den Vorrang gibt. Wenn nur einige umdenken, ist schon Leben gerettet.“

Rückhalt von römisch-katholischer Kirche und Freikirchen

Starken Rückhalt findet der Marsch bei der römisch-katholischen Kirche. Der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing (Limburg), schrieb in seinem Grußwort, durch den Einsatz der Teilnehmer könne „uns bewusster werden, dass das Leben ein Geschenk Gottes ist, das nie seinen Wert verliert und um das es sich zu kämpfen lohnt.“ Der Erzbischof von Bamberg, Ludwig Schick, schrieb: „Das Leben ist Geschenk Gottes, der alle Menschen liebt, wir Menschen müssen das Leben ehren, achten und schützen.“ Durch den Marsch machten die Teilnehmer diese Botschaft öffentlich. Der Apostolische Nuntius, Erzbischof Nikola Eterović (Berlin), übermittelte die Grüße von Papst Franziskus. Weitere Grußworte schickten der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker, der Freiburger Erzbischof Stephan Burger, der Hamburger Erzbischof Stefan Heße und der Passauer Bischof Stefan Oster. Der Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden Deutschland (FeG), Ansgar Hörsting (Witten), erinnerte in seinem Grußwort an die enorme Disziplin, mit der in den vergangenen Monaten Schwache und Alte vor der Corona-Pandemie geschützt worden seien. „Diese Haltung wünsche ich mir auch beim Schutz des ungeborenen Lebens.“ **Grußworte übermittelten außerdem der Vorsitzende der Evangelischen Allianz in Deutschland und Präses des Mülheimer Verband Freikirchlich-Evangelischer Gemeinden, Ekkehart Vetter (Mülheim an der Ruhr),** der Generalsekretär des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden), Christoph Stiba (Wustermark bei Berlin), der Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Hans-Jörg Voigt (Hannover) und der Leiter des Netzwerks Bibel und Bekenntnis, der Evangelist Ulrich Parzany (Kassel).

Kelle: Im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig

Die katholische Journalistin und Buchautorin Birgit Kelle kritisierte in ihrem Grußwort, Deutschland bringe „für jeden Schwerverbrecher mehr Verständnis und Rechte auf als für ein unschuldiges Kind im Mutterbauch“. Dabei sei das vermeintliche Recht, das eigene Kind töten zu dürfen, „möglicherweise die größte Perversion, die man uns Frauen im Namen der Emanzipation nach wie vor versucht zu verkaufen“. Der „Marsch für das Leben“, sei deshalb „im wahrsten Sinne des Wortes und gerade jetzt lebenswichtig.“ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer (Wetzlar), bezeichnete es in seinem Schreiben als „Aufgabe der Politik, den Frauen und Familien zu helfen, die sich in einer für sie schwierigen persönlichen Situation befinden, ihnen Mut und Zuversicht zu geben, dass es so unendlich wichtig ist, werdendem Leben eine Chance zum Erleben dieser Welt zu geben“. Bereits am 18. September veranstaltet der Bundesverband Lebensrecht in Berlin eine Fachtagung unter dem Thema „Lebensbejahende Bindungen – Grenzen von Autonomie und Selbstbestimmung“.

Bislang über 800 Anmeldungen

Im vergangenen Jahr hatten sich an dem Marsch rund 5.300 Personen beteiligt. Die Veranstaltung beginnt mit einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor. Danach findet ein drei Kilometer langer Schweigemarsch statt. Den Abschluss bildet ein ökumenischer Gottesdienst, der vom (katholischen) Erzbischof des Erzbistums Berlin, Heiner Koch, geleitet wird. Auch der (katholische) Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer hat sein Kommen zum „Marsch für das Leben“ zugesagt. Wie die Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht, Alexandra Maria Linder (Weuspert/Sauerland) der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, wird es aufgrund der aktuellen Corona-Maßnahmen einige Besonderheiten geben. So ist eine Masken- und Abstandsregelung vorgesehen. „Für alle Fälle werden wir ‚Ich bin Mensch‘-Schlauchschilds vorrätig haben“, so Linder. Zudem habe der Verband erstmals die Teilnehmer gebeten, sich im Vorfeld anzumelden, auch wenn bislang keine behördliche Obergrenze festgesetzt sei. Linder zufolge liegen bereits über 800 Anmeldungen vor – „Tendenz schnell steigend“. Der Marsch werde außerdem per Livestream im Internet übertragen.

Deutschland: „Unermessliches Leid“ erfahren

Bischof Jeremias erinnert an das Schicksal von 250.000 Wolhyniendeutschen

Linstow (idea) – An das Schicksal von 250.000 Wolhyniendeutschen hat der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Tilman Jeremias (Greifswald), erinnert. Er sprach am 6. September in einem Gottesdienst unter freiem Himmel im Museumsdorf Linstow (bei Rostock). Seit 1993 zeigt das Museum in einer Dauerausstellung die Geschichte und die Lebensweise der Deutschen, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts in der polnisch-ukrainischen Grenzregion Wolhynien gesiedelt hatten und ab 1939 in das besetzte Polen in den sogenannten „Warthegau“ umgesiedelt worden waren. Nach ihrer Flucht 1945 vor der heranrückenden Roten Armee der Sowjetunion blieben viele von ihnen in Mecklenburg. Rund 70 Familien fanden in Linstow eine neue Heimat.

Trost im christlichen Glauben gefunden

Die Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten habe für die Betroffenen „unermessliches Leid“ mit sich gebracht, sagte Jeremias in seiner Predigt. Innerhalb kürzester Zeit hätten die Menschen auf der Flucht alles zurücklassen müssen, „was ihnen an ihrer Heimat lieb und wert war“. Nach ihrer Ankunft im Westen hätten sie nicht auf Verständnis hoffen dürfen: „Alle waren beschäftigt mit der Not am Ende des Krieges, und kaum jemand hatte ein Herz für die verzweifelte Lage der Vertriebenen.“ Zu DDR-Zeiten seien die Themen Flucht und Vertreibung zudem tabu gewesen. Über den Verlust der Heimat habe man nicht sprechen dürfen. Trost hätten die Wolhyniendeutschen im christlichen Glauben und in ihren lutherischen Traditionen gefunden. Jeremias: „Viele von ihnen berichten, dass es gerade der christliche Glaube war, der sie gestärkt hat auf der Flucht und beim schweren Start in Mecklenburg.“ Die kirchlichen Traditionen, das Lesen der Bibel, das Singen der vertrauten Choräle und das Gebet hätten ihnen neue Kraft gegeben.

Ein weltweit einzigartiges Treffen

Die Flüchtlingspastorin im Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreis Mecklenburg, Anja Fischer (Schwerin), organisiert seit zwei Jahren die Gottesdienste in Linstow. Dass sie selbst wolhynische Wurzeln hat, erfuhr sie erst nach dem Tod des Großvaters. Nach ihren Worten lebten in Wolhynien „Polen, Ukrainer, Juden, Russen und Deutsche friedlich miteinander bis zu den beiden Kriegen“. Die alten Leute hätten ihr erzählt: „Bei uns war Europa.“ Daran wolle man mit dem Museumsfest anknüpfen: „Hier in Linstow feiern wir jedes Jahr das weltweit einzige Treffen. Zum Museumsfest kommen sogar Menschen aus den USA und Kanada, wohin viele Nachfahren von Wolhyniendeutschen ausgewandert sind.“ Allerdings sei das Fest in diesem Jahr coronabedingt kleiner ausgefallen.

Iran: Glaube in der Isolation

Pastor Wahid wurde wegen seines Glaubens von den Behörden inhaftiert

(Open Doors, Kelkheim) – In Iran befinden sich derzeit mehrere Dutzend Christen wegen ihres Glaubens im Gefängnis. Das Land gehört für Christen zu den zehn gefährlichsten Ländern weltweit, auf dem aktuellen Weltverfolgungsindex von Open Doors nimmt Iran Rang 9 ein. Wer sich im schiitischen Gottesstaat vom Islam abwendet, muss mit extremer Verfolgung rechnen, besonders durch Behörden und die Regierung. Viele konvertierte und traditionelle Christen sind deshalb aus Iran geflohen, wie jüngst ein Pastorenehepaar.

Isolation ist nicht das Ende christlicher Gemeinschaft

Keine Umarmungen am Sonntagmorgen, kein gemeinsames Essen mit Brüdern und Schwestern: Christen weltweit sind wegen der Corona-Pandemie isoliert. Die Christen in Iran sind mit Isolation bereits vertraut. Pastor Wahid* wurde beim Treffen einer Hauskirche verhaftet und für 36 Tage in Einzelhaft gesteckt. Er lässt uns daran teilhaben, was er während der Haft über das geistliche Miteinander in Zeiten der Isolation gelernt hat:

Füreinander beten

„Isolation ist nicht die Zeit, sich auf sich selbst zu konzentrieren. In der Haft war es das Gebet für andere, das mich am Leben hielt. Ich hatte niemanden, mit dem ich reden, und keine Bibel, in der ich lesen konnte. Aber ich betete jeden Tag für die Brüder und Schwestern, die mit mir verhaftet worden waren. Als wir wieder frei waren, hörte ich, dass die anderen das Gleiche für mich getan hatten.“

Das Abendmahl in einer kleinen Gruppe feiern

„Als ich nach der Einzelhaft in eine Zelle mit anderen verlegt wurde, lernte ich dort zwei andere Christen kennen. Wir fanden etwas Saft und Kekse, setzten uns auf das dreistöckige Etagenbett und feierten das Abendmahl. Das fühlte sich dort noch besser an als in der Hauskirche. Das gab mir Kraft.“

Auch wenn die Gemeinschaft des Gottesdienstes fehlt – Jesus ist gegenwärtig

„Ich habe meine Glaubensbrüder sehr vermisst, als die Regierung unsere Kirche schloss. Und mehr noch im Gefängnis. Und jetzt wieder wegen der Pandemie. In dieser Zeit habe ich meine Kirche noch mehr schätzen gelernt. In der Abwesenheit derer, die wir lieben, wächst unsere Liebe zu ihnen. Außerdem wurde ich in der Zeit an meine Abhängigkeit vom Herrn erinnert. Außerhalb des Gefängnisses bin ich eher geneigt, mich auf mich selbst oder auf andere zu verlassen. Aber im Gefängnis habe ich gelernt, mich völlig auf den Herrn zu verlassen. Ich denke, das ist es, was wir in dieser Krise lernen können – alles von Jesus zu erwarten.“

*Name geändert

Nachricht bereitgestellt von Open Doors Deutschland

Kamerun: Christen fliehen vor Boko Haram

Nach tödlichen Angriffen suchen viele Zuflucht unter freiem Himmel

(Open Doors, Kelkheim) – Drei weitere Angriffe durch Boko Haram haben die Christen im Norden Kameruns erschüttert. Dabei wurden zwischen dem 27. Juli und dem 8. August drei Männer getötet. Die Kämpfer raubten zahlreiche Häuser aus und hinterließen eine Spur der Verwüstung. Seit 2014 haben die gewaltsamen Aktivitäten von Boko Haram in den nördlichen Provinzen des Landes deutlich zugenommen.

„Sie suchen nach den Männern, um sie zu töten“

Der erste in dieser Serie von Angriffen ereignete sich am 27. Juli im Dorf Kiriwa-Mafa nahe der nigerianischen Grenze. Ein über siebzigjähriger Mann namens Gazawa Chokwe wurde in seinem Unterschlupf in den Bergen getötet. Pastor Abdias*, der in dieser Region tätig ist, berichtet: „Als sie kamen, durchsuchten sie sein Haus und fanden niemanden vor. Sie plünderten es und nahmen alles Wertvolle mit, dazu auch alle Kleidung ... Dann gingen sie auf den Berg und brachten ihn um.“

Anschließend plünderten die Angreifer sieben weitere Häuser aus, da zu diesem Zeitpunkt keine Männer anwesend waren. Kontakte von Open Doors in der Region beschreiben das übliche Vorgehen der Angreifer so: Wenn sie in einem Haus nur Frauen vorfinden, plündern sie es aus und suchen woanders nach den Männern, um sie zu töten.

In der folgenden Woche, am 5. August, kehrten die Kämpfer zurück. „Vusher Malama (45), ein Katechet, schlief in den Bergen nicht weit von seinem Haus entfernt. Als er sie bemerkte, ergriff er die Flucht, aber sie verfolgten ihn“, schildert Pastor Abdias das Geschehen gegenüber Open Doors. Schließlich holten sie Malama ein und töteten ihn.

„Ein Wunder, dass die anderen überlebt haben“

Am 8. August erfolgte ein weiterer Angriff auf eine Gruppe von Kirchenleitern aus dem nahe gelegenen Dorf Kassa Darra. Die Männer hatten beschlossen, zur eigenen Sicherheit im Busch statt in ihren Häusern zu schlafen. Pastor Amos* berichtet: „Als wir hörten, wie sie in Kanuri [der von vielen Boko-Haram-Mitgliedern verwendeten Sprache] schrien und begannen zu schießen, erwachten wir alle, und jeder floh zur Sicherheit in eine andere Richtung.“ Ein nahe gelegenes Maisfeld bot ihnen Schutz. „Nachdem die Angreifer gegangen waren, kamen wir zusammen und stellten fest, dass nicht alle von uns es geschafft hatten.“ Ein Kirchenältester, Jonas Vigue (46), wurde getötet, und ein weiterer, namens Marava Keda (56), wurde an der linken Hand getroffen und ins Krankenhaus gebracht. „Ich bin Gott dankbar, dass er die meisten von uns bewahrt hat, auch wenn wir um unseren Bruder Jonas Vigue trauern. Seine Frau, Rebecca, ist untröstlich“, meint Pastor Amos. Ein anderer Überlebender betont: „Es ist wirklich ein Wunder, dass die anderen überlebt haben. Wir danken Gott!“

Friedvolle Beziehungen zwischen Christen und Muslimen gefährdet

Auch wenn Kamerun allgemein ein Land ist, in dem religiöse Toleranz gelebt wird, sind die Folgen des von Fulanis geführten Dschihad in vergangenen Jahrhunderten in den nördlichen Regionen noch zu spüren. Damals wurde die einheimische Bevölkerung gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Die Gewalt von Boko Haram ruft diese Erinnerungen wieder wach und untergräbt die Geschichte friedvoller Beziehungen zwischen Christen und Muslimen im modernen Kamerun. „Christen bleiben eines der bevorzugten Ziele von Boko Haram, aber auch viele Muslime, die nicht ‚auf ihrer Seite‘ sind, fallen ihnen zum Opfer. Am Ende zwingen die Zerstörung und die Angst, die die Gruppe verbreitet, die Menschen in der Region dazu, sich ihnen entweder zu unterwerfen oder wegzuziehen“, erklärt Jo Newhouse, Sprecher von Open Doors für die Region Subsahara-Afrika.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2020 steht Kamerun an 48. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Name aus Sicherheitsgründen geändert

Kolumbien: Menschenrechtsverstöße im Chaco

Woche des Friedens

Quibdò (Fides) - Das Departement Chocó ist eines der am stärksten von Gewalt betroffenen kolumbianischen Gebiete. Die Bischöfe der Diözesen Quibdó, Istmina-Tadó und Apartadó prangern zusammen mit den zivilen Organisationen in einem gemeinsamen Kommuniqué veröffentlicht, erneut "den schwierigen Moment" an, „den wir aufgrund der systematischen Verweigerung von Rechten und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht" erleben. Im Rahmen der Woche des Friedens, die in Kolumbien vom 6. bis 13. September gefeiert wird, erinnern sie „an die Auswirkungen der mangelnde Präsenz des Staates auf unser Volk und das Territorium, die Zunahme der Angriffe bewaffneter Gruppen und die Korruption, die die Entwicklung des Landes verlangsamt“.

Sie erklären sich solidarisch "mit den Brüdern und Schwestern unserer Region und anderer Gebiete Kolumbiens", die unter der Ermordung und Einschüchterung von Anführern in den Gemeinden, der Rekrutierung von Minderjährigen, der Positionierung von Antipersonenminen und der Ausbeutung von jungen Menschen und Frauen, Inhaftierung, Entführung, Erpressung, gezielten Anschlägen, Vertreibung, Verlust der Autonomie der Gemeinschaft und territorialen Streitigkeiten vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und politischer Interessen leiden.

Angesichts dieser dramatischen Situation „werden wir auch künftig, die Gemeinden begleiten, damit sie die Nähe der Zivilgesellschaft spüren“, heißt es in der Erklärung, „Trotz der mehrfachen Angriffe der Gewalttätigen und des Schweigens und Ausschlusses des Staates werden wir sie wissen lassen, dass sie nicht allein sind und dass sie jemanden haben, der ihnen zuhört und sie verteidigt“. Ab September werde die Missionen der kontinuierlichen humanitären Überwachung, Begleitung und Überprüfung innerhalb der Gebiete wieder aufgenommen, "um Situationen zu dokumentieren und sichtbar zu machen, die die Rechte der Gemeinschaften beeinträchtigen". Schließlich werde man den "Pakt für Leben und Frieden" unterstützen, der am 10. September 2020 unterzeichnet werden soll und „ein Instrument sein wird, das unser Denken und unser aktives Handeln widerspiegelt“.

(SL) (Fides 08/09/2020)

Kuba: Staatliches Fernsehen überträgt erstmals Festgottesdienst

gesendet aus dem Marienheiligtum in El Cobre

Havanna (Fides) - Das staatliche kubanische Fernsehen übertrug erstmals den Festgottesdienst zu Ehren der Jungfrau der Nächstenliebe, der Schutzpatronin Kubas, der am gestrigen 8. September im Marienheiligtum in El Cobre in der Nähe der Stadt Santiago de Cuba gefeiert wurde. Bisher wurden religiöse Feiern von den Regierungsmedien in Kuba nicht ausgestrahlt, daher gilt diese Geste bei Beobachtern als Beginn einer neuen Ära.

Die Messe unter dem Vorsitz von Erzbischof Dionisio García von Santiago de Cuba wurde am Abend von einem der Kanäle des staatlichen kubanischen Fernsehens im Geiste einer neuen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat ausgestrahlt, damit der Festgottesdienst in Zeiten von Corona von möglichst vielen Gläubigen mitverfolgt werden konnte.

Der Prälat selbst hatte letzte Woche erklärt, dass der für das Marienfest geplante Festgottesdienst aufgrund der Epidemie an vorbeugende Maßnahmen angepasst werden würde. Nur eine kleine Gruppe von Gläubigen konnte an der heiligen Messe in der Basilika teilnehmen.

Auch die Radiosender der Provinz senden seit letztem Sonntag die Gebete der Bischöfe der verschiedenen Diözese als Akt der Verehrung der Jungfrau der Nächstenliebe aus. Jedes Jahr schließen sich Tausende Kubaner den Feiern zu Ehren der Schutzpatronin des Landes an.

(CE) (Fides 9/09/2020)

[top^](#)

Mexiko: Schulen der Vergebung und Versöhnung

Hoffnung auf neue Impulse für das friedliche Zusammenleben

Mexiko-Stadt (Fides) – Mit der Methode der "Schulen der Vergebung und Versöhnung" (ES.PE.RE. ist die Abkürzung auf Spanisch) soll eine versöhnte Gesellschaft entstehen und Frieden geschaffen werden. Die Initiative und das entsprechende Pastoralprogramm werden der Mexikanischen Bischofskonferenz unterstützt und in Zusammenarbeit mit der "Stiftung für Versöhnung in Mexico" durchgeführt und Bischof Enrique Díaz von Irapuato, betonte die Bedeutung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, aber auch mit nationalen und internationalen Organisationen, um ein dauerhaft friedliches Zusammenleben in der mexikanischen Gesellschaft aufzubauen. Ziel sei es, so der Bischof, im Rahmen von „ESPERE“, „eine Gesellschaft zu schaffen, die mit sich selbst, aber auch mit dem Schöpfer, mit der Umwelt versöhnt ist“. Die insgesamt 98 Diözesen des Landes werden "Schulen des Friedens" nach der bewährten Methode der inmitten interner Konflikte in Kolumbien entstandenen "Stiftung für Versöhnung" organisieren und fördern. Bisher gibt es 39 ESPERE-Standorte in ganz Mexiko und rund tausend Moderatoren und es sollen neue „Schulen“ sowohl in den Diözesen als auch über digitale Plattformen entstehen.

Erzbischof Carlos Garfias Merlos von Morelia, der für die Formulierung der Grundlagen des Friedens- und Versöhnungsprozesses zwischen der mexikanischen katholischen Kirche und Regierungsinstitutionen verantwortlich ist sagte: „Unser Pastoralprogramm eröffnet einen wichtigen Weg für Vergebung und Versöhnung in Mexiko: Es ist ein wichtiger Weg, um die Person und das soziale Gefüge wieder aufzubauen“.

Der Vorsitzende der Mexikanischen Bischofskonferenz, Erzbischof Rogelio Cabrera López von Monterrey, sagt über den Prozess der Friedensarbeit: "Es muss anerkannt werden, dass dies ein unvollendetes Werk ist". „Aber zuerst müssen wir erkennen, dass Frieden von Gott kommt, weil er uns ermöglicht zu vergeben... Es gibt keinen Frieden, wenn es keine Vergebung oder Versöhnung gibt.“

(CE) (Fides 5/09/2020)

Montenegro: Gewalt nach Wahlen

Ausschreitungen bedrohen Stabilität der Region

(GfbV) Im Nachgang der Parlamentswahl in Montenegro kam es in den letzten Tagen zu Gewaltausbrüchen, die die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für besorgniserregend hält. Nachdem die Opposition am 30. August 2020 eine knappe Mehrheit errungen hatte, wurden während der Feiern zum Wahlsieg unter anderem in der Stadt Pljevlja Büroräume von Minderheiten angegriffen. „In Vertretungen der Islamischen Gemeinde wurden Fenster eingeschlagen und Drohbotschaften hinterlassen, in denen mit einem ‚neuen Srebrenica‘ gedroht wird“, berichtet Belma Zuljić, Direktorin der GfbV-Sektion Bosnien und Herzegowina. „Die Ausschreitungen drohen die gesamte Region des Westbalkans zu destabilisieren.“

Die größtenteils religiös-nationalistischen und proserbischen Oppositionsparteien widersetzen sich dem anstehenden EU-Beitritt Montenegros und streben eine engere Bindung des Landes an Serbien und Russland an. „Es gibt schon länger Anzeichen dafür, dass russische und serbische Sicherheitskräfte versuchen, Montenegro zu destabilisieren, vor allem seit NATO-Beitritt des Landes im Jahre 2017“, erklärt Zuljić. „Auch während des Wahlkampfes schürten einige Oppositionsparteien Verunsicherung und Hass.“ Sie hätten Kriegsverbrecher und deren Taten verherrlicht und für Errichtung von Denkmälern für Faschisten und Verbrecher geworben. „Die EU und die NATO haben eine besondere Verantwortung, eine Eskalation in Montenegro zu verhindern und die Sicherheit der Minderheiten gewährleisten“, so Zuljić. „Eine Destabilisierung des Landes würde sich auf die gesamte Region auswirken und den EU-Beitritt der Westbalkan-Länder noch weiter verzögern.“ Montenegro müsse als NATO-Mitglied zur Stabilität der Region beitragen.

Die Parteien, die nun 41 von den insgesamt 81 Parlamentssitzen im montenegrinischen Parlament besetzen, haben bereits angekündigt, dass sie den Austritt aus dem NATO-Verband und eine Distanzierung von der EU fordern werden. Sie wollen den Volksentscheid für die Unabhängigkeit Montenegros aus dem Jahre 2006 aufheben und Kosovo nicht mehr als Staat anerkennen. „In einer Zeit, in der ein Abkommen zwischen Serbien und Kosovo intensiv vorbereitet wird, sind solche Ankündigungen gefährlich“, warnt Zuljić. „Sie könnten auch über Montenegro hinaus zu einer erneuten Eskalation von Gewalt beitragen.“

In Montenegro leben nach der letzten Volkszählung im Jahre 2011 etwa 620.000 Menschen. Mit 44,98 Prozent der Bevölkerung gehören die meisten zur montenegrinischen Volksgruppe, 28,73 Prozent zur serbischen, 8,65 zur bosniakischen und 4,91 zur albanischen. Dazu kommen diverse kleinere Minderheiten.

Kontakt: Jasna Causevic/ E-Mail: j.causevic@gfbv.de

Mosambik: Pandemie und Gewalt in Cabo Delgado

Katholische Bischöfe des südlichen Afrika erklären sich solidarisch

Maputo (Fides) - "Die Gewalt, der Verlust von Leben und die Lebensumstände der Vertriebenen in der Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks machen uns große Sorgen", so die Mitglieder von IMBISA (in der sich die Bischöfe von Angola, Botswana, Eswatini, Lesotho, Mosambik, Namibia, São Tomé und Príncipe, Südafrika und Simbabwe zusammenschließen). Die Bischöfe des südlichen Afrika wenden sich mit einer Solidaritätsbotschaft an die Gläubigen der Region, die von der COVID-19-Pandemie betroffen sind und im Fall von Cabo Delgado auch unter der Gewalt Milizionäre der "Zentralafrikanischen Provinz des Islamischen Staates" (ISCAP) leiden.

„Die Menschen leben in Angst, nicht nur vor COVID-19, sondern auch vor der Gewalt, die häufig auf sie ausgeübt wird“, heißt es in der Botschaft, die vom IMBISA-Vorsitzenden, Bischof Lucio Andrice Muandula, Bischof von Xai-Xai, unterzeichnet ist und am Ende der jüngsten Sitzung des Ständigen Ausschusses der Organisation veröffentlicht wurde. „Wir möchten dem guten Beispiel von Papst Franziskus folgen und insbesondere Bischof Luiz Fernando Lisboa von der Diözese Pemba in Mosambik und den Menschen in Cabo Delgado unsere Nähe und Unterstützung zum Ausdruck bringen. Wir laden alle ein, zu beten, dass Friedensbemühungen die gewünschten Früchte in diesem schönen Land hervorbringen. Gemäß dem Motto des letztjährigen päpstlichen Besuchs in Mosambik "Hoffnung, Versöhnung und Frieden" bitten wir alle, unablässig dafür zu beten, dass Frieden in der Provinz Cabo Delgado Wirklichkeit wird. Zeichen der Hoffnung in diese Richtung sind bereits vorhanden, was sehr ermutigend ist, wie das Treffen von Präsident Felipe Nyusi aus Mosambik mit Bischof Luiz bezeugt“, heißt es in der Botschaft, die sich dabei auf das Treffen zwischen dem mosambikanischen Staatsoberhaupt und Bischof Luis Fernando Lisboa Bischof von Pemba am 31. August bezieht. Das Treffen sollte dazu beitragen, eine schwierige zweiwöchige Phase wachsender Spannungen zwischen Kirche und Staat zu beenden. „Die Gottesdienste mussten ganz ausfallen oder durften nur von einigen Wenigen besucht werden, der Katechismus wurde ebenfalls ausgesetzt, die Teilnahme an Beerdigungen war begrenzt und der physische Kontakt zwischen Priestern und Gläubigen wurde reduziert. Die Protokolle zur Bekämpfung von COVID-19 haben dazu geführt, dass viele Schulen, Arbeitsplätze und andere Einrichtungen, die für die Entwicklung von Menschen wichtig sind, geschlossen geblieben sind“, heißt es in der Erklärung, „Dies hat die psychische Gesundheit vieler Menschen beeinträchtigt und die Häufigkeit vieler Formen häuslicher Gewalt erhöht. Die Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit hat zum Verlust von Lebensgrundlagen geführt, was wiederum zum Verlust von Menschenleben durch Hunger und andere soziale Probleme führen kann. Alle IMBISA-Länder, die sich bereits in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, verfügen zudem über fragile und begrenzte Gesundheitsinfrastrukturen.“

Die Botschaft endet mit der Einladung, weiter für das Ende der Pandemie zu beten, und der Aufforderung an die Regierungen, den Versuchungen der Korruption zu widerstehen und stattdessen die Bevölkerung zu unterstützen, die sich in Schwierigkeiten befindet.

(L.M.) (Fides 9/9/2020)

Nigeria: Christen leiden vor allem unter islamischer Gewalt

Ein Interview mit Menschenrechtler Monsignore Obiora Ike



Der bekannte nigerianische Geistliche und Menschenrechtler Monsignore Obiora Ike nimmt kein Blatt vor den Mund.

© CSI

„Als Christ ist es meine Aufgabe, die Wahrheit zu sagen.“

(CSI) Der bekannte nigerianische Geistliche und Menschenrechtler Monsignore Obiora Ike nimmt kein Blatt vor den Mund. Laut Ike werden die tödlichen Übergriffe islamistischer Fulani-Milizen auf Christen von der Regierung unterstützt. Trotz allem besteht auch Grund zur Hoffnung.

CSI: In den westlichen Medien erfährt man sehr wenig über die religiöse Verfolgung in Nigeria. Erstaunt Sie das?

Monsignore Obiora Ike: Nicht unbedingt. Afrika ist für die internationalen Medien grundsätzlich nicht interessant. Und Europas Politiker lassen lieber Islamisten aus dem Nahen Osten in ihren Kontinent als afrikanische Christen. Doch an den Bodenschätzen sind sie interessiert.

CSI: In Nigeria leiden derzeit die Christen vor allem unter der Gewalt von islamistischen Fulani-Milizen. Werden die Fulani-Nomaden für politische Ziele missbraucht?

Ike: Das ist so. In den letzten 100 Jahren haben die muslimischen Fulani-Nomaden mit den christlichen Bauern in Frieden gelebt. Bevor Muhammadu Buhari 2015 Präsident Nigerias wurde, gab es keine islamistische Gewalt von Fulani-Nomaden. Seit seiner Wahl wird die brutale Islamisierung durch Fulani-Banditen legitimiert und vorangetrieben. 20.000 Menschen, überwiegend Christen, wurden seit seiner Machtübernahme 2015 getötet.

Buhari unterstützt diese Islamisierung durch Terror, Entführungen und Enteignungen von Ländereien christlicher Bauern, weil dies in sein Programm passt, gegen die Christen vorzugehen. Deshalb will auch weder das Militär noch die Polizei die gewalttätigen Übergriffe der Fulani stoppen. Unser Präsident hätte die Macht, dies zu tun. Aber er unternimmt nichts.

CSI: Würde sich die Lage entspannen, wenn der Reichtum in Nigeria besser verteilt wäre? Ist es so, dass die Christen im reicheren Süden leben und die Muslime im armen Norden?

Ike: Tatsache ist, dass die reichsten Nigerianer aus dem Norden stammen und Muslime sind. Es stimmt zwar, dass in den muslimischen Gebieten im Norden des Landes Armut, Arbeitslosigkeit und Analphabetismus verbreiteter sind als in den christlichen Regionen. Doch dieses Elend ist weitgehend hausgemacht. Die muslimischen Herrscher im Norden sind gar nicht daran interessiert, dass die Kinder zur Schule gehen und gut ausgebildet werden. Sie fürchten sich vor einem Macht- und Kontrollverlust. So aber können sie die Menschen manipulieren und die Religion instrumentalisieren. Letzteres gipfelt im Namen der Terrororganisation Boko Haram, was ja bedeutet, dass Bücher Sünde sind.

CSI: Sie reden Klartext. Haben Sie keine Angst vor Anschlägen? Immerhin entgingen Sie im Oktober 2002 nur knapp einem Attentat.

Ike: Warum sollte ich Angst haben? Als Christ ist es meine Aufgabe, die Wahrheit zu sagen. Nur wenn wir das Jenseits aus den Augen verlieren und das Diesseits als unsere Heimat betrachten, werden wir ängstlich, weil wir dann den Glauben und die Orientierung verlieren. Als Christen sollten wir uns auch nicht vor dem Tod fürchten.

CSI: Besteht Hoffnung, dass sich die Lage für die bedrohten Christen in Nigeria in absehbarer Zeit verbessert?

Ike: Ich glaube eher, dass sich die Krise zuspitzen wird, weil die Regierung kein Interesse zeigt, die Christen zu schützen. Ich erachte Nigeria in dieser Hinsicht gegenwärtig als einen gescheiterten Staat.

CSI: Was erwarten Sie vom Westen?

Ike: Die internationale Gemeinschaft darf Afrika nicht vergessen. Ich erlebe Europa als seelenlos, wenn es ums Geschäftemachen geht. Auch werden in Europa Christen unterdrückt, und zwar durch die Gleichgültigkeit. Man schläft und schnarcht in der Kirche. Die Folge dieser Gleichgültigkeit ist, dass der christliche Glaube ausstirbt. In London gehen mittlerweile mehr Muslime freitags in die Moschee als Christen sonntags in die Kirche. Das sollte uns zu denken geben. Europa muss aufwachen und darf nicht schweigen, wenn Christen weltweit und vor allem auch in Nigeria brutal unterdrückt werden.

CSI: Sehen Sie auch hoffnungsvolle Zeichen?

Ike: Ja, durchaus. Ich stelle fest, dass die Kirchen in Afrika voller sind als je zuvor. Gerade in Nigeria begegne ich vielen furchtlosen Christen. Hoffnung schöpfe ich auch wegen der Arbeit von CSI. Im Sudan hat CSI klar Position bezogen und sich für die Freiheit von Sklaven eingesetzt. Ich bin daher zuversichtlich, da sich CSI gleichermaßen für Religionsfreiheit in Nigeria engagiert.

Pakistan: Christ wegen angeblicher Blasphemie zum Tode verurteilt

Anwalt Saif-ul-Malook sieht darin einen Racheakt des Arbeitgebers

Lahore (idea) – In Pakistan hat ein Gericht einen Christen wegen angeblicher Gotteslästerung zum Tode verurteilt. Bei dem Mann handelt es sich um Asif Pervaiz. 2013 hatte der Strumpfwarenhändler Saeed Ahmed Khokhar, ein Muslim, den vierfachen Vater angezeigt und behauptet, Pervaiz habe Textnachrichten mit gotteslästerlichem Inhalt über den Islam, den Koran und den Propheten Mohammed versendet. Der 37-jährige Christ sitzt aufgrund dieser Vorwürfe bereits seit Oktober 2013 in Haft. Wie der katholische Nachrichtendienst CNA berichtet, sieht der Anwalt des Verurteilten, Saif-ul-Malook, in den erhobenen Anschuldigungen einen Racheakt gegen seinen Mandanten: Khokhar habe seinen Angestellten Pervaiz angezeigt, nachdem sich dieser geweigert habe, zum Islam überzutreten. Khokhar bestritt das vor dem Gericht in Lahore (Provinz Punjab). Das Gericht verurteilte Pervaiz zu einer Geldstrafe von umgerechnet rund 250 Euro, einer dreijährigen Haftstrafe wegen Telefonmissbrauchs und nach dem Verbüßen der Haftzeit zum Tod durch den Strang. Malook zeigte sich gegenüber dem Internetportal „Morning Star News“ entsetzt darüber, dass das Gericht trotz der dünnen Beweislage gegen seinen Mandanten ein so hartes Urteil gefällt habe, und kündigte an, in Berufung zu gehen. Der Anwalt – selbst ein Muslim – hatte bereits die ehemals zum Tode verurteilte Katholikin Asia Bibi verteidigt.

Menschenrechtsanwältin: Neue Ära der Verfolgung angebrochen

Die pakistanische Menschenrechtsanwältin Aneeqa Anthony sieht in dem Urteil den Beginn einer neuen Ära der Verfolgung religiöser Minderheiten. Die Akzeptanz von Gewalt gegen Personen, die der Gotteslästerung beschuldigt werden, nehme zu. Erst am 29. Juli habe der 15-jährige Faisal Khan den pakistanischstämmigen US-Bürger Tahir Naseem in einem Akt der Selbstjustiz in einem Gerichtsgebäude in Peschawar erschossen. Naseem war zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Jahre wegen Blasphemievorwürfen in Haft. Nach der Verhaftung Khans hätten sich Tausende für seine Freilassung eingesetzt und ihn als „heiligen Krieger“ verherrlicht. Zusätzlich habe sich vor einigen Jahren eine Gruppe muslimischer Anwälte im Punjab formiert, die potenziellen Klägern in Blasphemiefällen kostenlosen Rechtsbeistand anböten. Einer der führenden Köpfe sei Ghulam Mustafa Chaudhry. Er sei in einem Großteil solcher Prozesse involviert. Von den über 216 Millionen Einwohnern Pakistans sind etwa 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen sowie zwei Prozent Hindus.

Peru: Die Situation ist dramatisch

Kinderwerk Lima, das christliche Hilfswerk hilft den Menschen vor Ort

Heidenheim (idea) – Das 32 Millionen Einwohner zählende Peru ist sehr stark von der Corona-Pandemie betroffen und hat aktuell die höchste Sterblichkeitsrate weltweit. Deswegen ist die Situation in dem südamerikanischen Land dramatisch. Das sagte der Öffentlichkeitsreferent des Kinderwerks Lima (Heidenheim), Jürgen Burst, der Evangelischen Nachrichtenagentur idea: „Wir sehen in Peru ähnliche Bilder wie zuvor in Italien.“ Die Einrichtungen des Kinderwerks Lima seien derzeit geschlossen, der Unterricht finde über das Internet statt. An besonders Bedürftige in der Hauptstadt Lima seien dafür 300 internetfähige Mobiltelefone kostenlos ausgeliehen worden. Das Werk verteilt dort außerdem Lebensmittelpakete an Familien, da Schulspeisungen derzeit nicht möglich sind. Unter den Schülern habe es Infektionen, aber bislang keine Todesfälle gegeben. Mitarbeiter hätten unter ihren Angehörigen Tote zu beklagen: „Auch in Peru sterben vor allem ältere Menschen am Virus.“ Es sei davon auszugehen, dass das ohnehin arme Peru nach Ende der Pandemie noch ärmer sein werde. „Die Schere zwischen Arm und Reich wird sich weiter öffnen.“ Es sei geradezu „unverschämt“, wie wenig das Land in das Gesundheitssystem investiert habe. Das räche sich jetzt bitter.

„Der seelische Schaden ist enorm“

Auch wenn die Schüler inzwischen vielfach per Fernunterricht betreut würden, werde die Pandemie Folgen für die Psyche haben: „Der seelische Schaden ist enorm.“ Das 1968 gegründete Kinderwerk Lima unterhält Schulen und Kindertagesstätten in Peru, Paraguay und Burundi. 550 Mitarbeiter unterrichten und betreuen rund 5.400 Kinder. Aus der Arbeit des Kinderwerkes in Südamerika sind sieben Kirchengemeinden mit 3.000 Mitgliedern hervorgegangen. In Deutschland und der Schweiz arbeiten sieben hauptberufliche Mitarbeiter für das Werk. Es gehört zur Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM). Am 20. September wird das Werk ab 10 Uhr sein Jahresfest feiern, das aufgrund der Corona-Krise nicht mit Besuchern in Heidenheim stattfindet, sondern auf YouTube übertragen wird. EC-Generalsekretär Klaus Göttler wird die Predigt im Gottesdienst halten.

Südsudan: Botschaft an die Christen

Bischof Kussala: "Die Pandemie ermöglicht Christen die Erneuerung des Glaubens"

Juba (Fides) - Die Pandemie ist eine Gelegenheit für Christen, geistlich zu wachsen, weil "sie es uns ermöglicht, unseren Glauben an Jesus Christus zu erneuern, der uns allen als Mensch und als Christen versichert, dass Christus gekommen ist, um uns die Möglichkeit zu geben um ein Leben in Fülle zu leben", so Bischof Barani Eduardo Hiiboro Kussala von Tombura-Yambio im Südsudan, in einer Botschaft an seine Diözese.

Dank dieser Gewissheit bekräftigt Erzbischof Hiiboro, müsse man als Christ auch in Zeiten der Pandemie nicht die Hoffnung oder den Glauben verlieren, sondern stattdessen "standhaft und stark bleiben im Wissen, dass unser Erlöser uns tatsächlich gerettet hat".

„Zunächst müssen wir diesen Glauben in unseren Herzen erneuern“, betont der Pfarrer, „Deshalb nenne ich es eine Gelegenheit für uns, die es uns ermöglicht, mit uns selbst, mit unserem Gott, mit unserem Schöpfer in Kontakt zu sein, und dieser Glaube führt uns bei unserem Verhalten, in unserer Art und Weise, wie wir mit Menschen sprechen werden, mit der Kraft, dass wir an den Gott glauben, der uns Leben in Fülle gegeben hat“.

Bischof Hiiboro bittet alle, sich im Bewusstsein der Erlösung durch Christus zu engagieren: "An unseren Arbeitsplätzen, an denen wir unsere Dienste erbringen, müssen wir handeln, damit wir unsere Integrität und Authentizität einbringen können, denn auf diese Weise schenken wir allen die Fülle des Lebens, die Gott versichert hat".

„Ebenso müssen wir in Zeiten schwerer Not, zum Beispiel wenn die Krankheit einen von uns oder ein Mitglied unserer Familie trifft oder vielleicht unsere Geschäfte beeinträchtigt, immer noch einen starken Glauben an Gott bewahren, weil wir, wissen, dass auch inmitten solcher Stürme des Lebens Gott hat uns niemals verlassen wird, er wird uns niemals verlassen. Verlieren wir nicht die Hoffnung auf den, der uns Leben in Fülle. Wir dürfen nicht verzweifeln und nicht in Selbstmitleid versinken, weil dies nur Menschen tun, die nicht an Gott glauben“, schließt er.

(L.M.) (Fides 09.04.2020)

Südsudan: Evangelist inhaftiert

(AVC) Einer unserer dortigen Evangelisten wurde am Wochenende inhaftiert. Der Vorwurf: Gründung einer neuen Gemeinde. Urheber ist eine bestehende christliche Denomination vor Ort. Leider hat sich die Polizei vor diesen Karren spannen lassen. Als sich herausstellte, dass die Gottesdienste in einem gemieteten Haus stattfinden, wurde kurzerhand auch die Vermieterin inhaftiert.

Syrien: "Diese Art zu handeln ist kriminell"

(CSI) Die Wirtschaftssanktionen die mit dem *Caesar Act* von der USA gegen Syrien verhängt wurden sind diabolisch, erklärt der maronitische Erzbischof von Aleppo, Joseph Tobji, gegenüber der Agentur FIDES: „Der Vorwand der gezielten Sanktionen ist eine Lüge, die nicht einmal ein Kind glauben würde. Jeder sieht bestens, was das eigentliche Ziel ist: das Leiden in der Bevölkerung zu erhöhen, um die Unzufriedenheit der Bürger zu schüren und so einen Regimewechsel hervorzurufen. Diese Art zu handeln ist kriminell.“

Tschetschenien: Alternativen sind nicht vorgesehen

(AVC) Wir erhielten eine dringende Bitte um Gebet. Ein Tschetschene hat Muslim zu sein. Alternativen sind nicht vorgesehen. Ibrahim hat sich dennoch für Jesus entschieden. Seine Verwandtschaft macht Terror. Das ging soweit, dass er auf einen Friedhof geführt und unter vorgehaltener Waffe aufgefordert wurde, Jesus abzusagen. Er tat es nicht. Mit der Warnung, dass er nicht mehr lange leben würde, wurde er freigelassen. Er floh, kehrte aber zurück, da seine Familie ihn nicht begleiten wollte. Der extreme Stress führte zu einem Herzinfarkt. Bitte betet für Ibrahim, seine Familie und die Verwandtschaft.

Venezuela: Vorgehen gegen Mitarbeiter einer Hilfsorganisation

Caracas (Fides) - Die bischöfliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Bischofskonferenz von Venezuela verurteilt gemeinsam mit Caritas Venezuela "die Verletzung der Rechte und den Freiheitsentzug der Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Accion Solidaria“ und "das undurchsichtige Vorgehen“ bei der Durchsuchung der Büros der NGO, die sich der Verteilung von Medikamenten und medizinischer Hilfe an Menschen widmet, die von der Gesundheitskrise betroffen sind, in der sich das Land seit einiger Zeit befindet. Am Nachmittag des gestrigen 7. September drangen Beamte der „Fuerzas de Acciones Especiales (FAES)“ des Maduro-Regimes, in die Büros der Organisation in Caracas ein und verhafteten einige Mitarbeiter. In der gemeinsamen Verlautbarung, werden diese Maßnahmen verurteilt, „da sie die Einsatzfreiheit der humanitären Helfer im Land einschränken“ und sie „zum Ziel von Verfolgung und Einschüchterung machen“. Die Bischöfe und die Caritas fordern daher den Staat auf, "für die Wahrung des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit der Gemeinschaft im gesamten Staatsgebiet einzutreten", und „Aktivitäten, die von humanitären Grundsätzen und dem humanitären Völkerrecht inspiriert sind, nicht zu kriminalisieren“ und Hilfsprogramme in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Wasser und andere Dienstleistungen nicht einzuschränken, „die für das Leben von über 7 Millionen schutzbedürftigen Menschen im Land von wesentlicher Bedeutung sind“. Schließlich fordern sie "völlige Aufklärung" in Bezug auf das Vorgehen gegen „Accion Solidaria“.

(SL) (Fides 8/9/2020)

Weißrussland: Internationalem Renovabis Kongress

Katholischer Erzbischof ruft zum Gebet für sein Heimatland auf

Freising (idea) – Zum Gebet für Belarus hat der römisch-katholische Erzbischof von Minsk, Tadeusz Kondrusiewicz, aufgerufen. Er sprach am 8. September zum Auftakt eines internationalen Kongresses des katholischen Osteuropa-Hilfswerks Renovabis (Freising bei München). Wegen der Corona-Pandemie findet der bis zum 10. September dauernde Kongress online statt. Der Vorsitzende der Belarussischen Bischofskonferenz wurde aus Polen zugeschaltet, weil ihm sein Heimatland die Wiedereinreise nach einem privaten Aufenthalt im Nachbarland verweigert hatte. Kondrusiewicz erklärte, dass die katholische Kirche sich keinesfalls in die Politik einzumischen gedenke. Allerdings werde sie weiterhin im Interesse ihrer eigenen Gemeinden handeln, dabei aber auch das Wohl der gesamten Bevölkerung im Blick behalten. Etwa zehn Prozent der 9,5 Millionen Einwohner von Belarus sind römisch-katholisch.

Demonstranten fordern Neuwahlen

Bei der am 9. August beendeten Präsidentschaftswahl hatte der seit 1994 regierende Herrscher von Belarus, Alexander Lukaschenko, nach offiziellen Angaben rund 80 Prozent der Stimmen erhalten. Doch an dem Ergebnis gibt es erhebliche Zweifel. Zehntausende Bürger gehen seitdem auf die Straße, werfen dem Regime Wahlfälschung vor und fordern Neuwahlen. Inzwischen haben sich die (katholische) Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Katholischen Bischofskonferenzen Europas der Forderung von Renovabis angeschlossen, das Einreiseverbot gegen den Minsker Erzbischof aufzuheben.

Die EU darf den Wahlausgang nicht anerkennen

Die Belarus-Expertin Astrid Sahn (Berlin) von der Stiftung Wissenschaft und Politik erklärte auf der Tagung, dass es für Deutschland und die Europäische Union kaum Möglichkeiten gebe, die politische Lage in Belarus zu beeinflussen. Denn die Machthaber verweigerten jeglichen Dialog. Allerdings müsse die EU dabei bleiben, den Wahlausgang nicht anzuerkennen und damit Präsident Lukaschenko nicht zu legitimieren.

Renovabis fördert kirchliches Leben in ehemals kommunistischen Ländern

Renovabis ist eine Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken für Menschen in 29 Ländern in Mittel- und Osteuropa. Das 1993 gegründete Hilfswerk hat nach eigenen Angaben bisher rund 24.250 Projekte zur Erneuerung des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens in den ehemals kommunistischen Ländern mit einem Gesamtvolumen von 767 Millionen Euro gefördert. Der Name des Werks stammt aus der lateinischen Übersetzung von [Psalm 104](#), Vers 30: „Du (Gott, Anm. d. Red.) erneuerst das Antlitz der Erde.“ Hauptgeschäftsführer von Renovabis ist Pfarrer Christian Hartl.

Zentralasien: Gott schweigt nicht

Als Jengish die Highschool verließ, war er bestrebt, "wie ein echter Moslem zu leben". Aber während er sich an der Universität bewarb, erzählte er von einer seltsamen Begegnung: "Ich traf zum ersten Mal echte Christen. Sie hatten eine persönliche Beziehung zu Gott, und Gott sprach sogar zu ihnen. Davon hatte ich noch nie zuvor gehört. Im Islam war die einzige Person, die die Stimme Allahs hörte, der Prophet Muhammad".

Eines Tages sprach Jengish zu Gott: "Wenn das Christentum der wahre Glaube ist und ich deine Stimme hören kann, dann gib mir ein Zeichen, damit ich glauben kann." Gott erhörte dieses Gebet. Jengish begann mit der Untersuchung, indem er eine Zusammenfassung der christlichen Lehre und eine russische Studienbibel las. "Der Heilige Geist benutzte das Buch der Römer, um mir zu zeigen, wie Jesus, Gottes Sohn für unsere Sünden starb, um uns frei zu machen. Nach zwei Monaten nahm ich den Herrn Jesus als meinen Retter an.

Jetzt arbeitet Jengish als Lehrer, Übersetzer und Projektmanager in der Gemeindeentwicklung. "Zurzeit übersetze ich das Alte Testament in Sieben Sätzen von Christopher Wright in meine Sprache. Dies ist das Buch, das mir geholfen hat, die große Erzählung der Bibel und das, was Jesus für uns getan hat, zu verstehen. In einer abgelegenen und verarmten Ecke unseres Landes arbeite ich daran, das Evangelium zu verkünden und junge Menschen zu erziehen, die Gefahr laufen, radikalisiert zu werden.

"Bitte beten Sie, dass ich wie ein Apostel in der Apostelgeschichte bin und dorthin gehe, wohin der Geist Gottes führt, damit ein Licht auf jene scheint, die in einem Land tiefer Finsternis leben.

Quelle: SparkLit,, WORLDNEWS 261 übersetzt und bearbeitet von AKREF

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz (DEA)

Spendenkonto:

IBAN: DE8752060410000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebete-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]